

Gesamtschriftleitung:
Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Gottwald
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Dieter Henrich
Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter Schwab

Begründet von
Friedrich Wilhelm
Bosch

Sozialversicherungsrechengrößen und Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung Tabellen zum Versorgungsausgleich – Grenzwerte im Versorgungsausgleich

A. Sozialversicherungsrechengrößenverordnung, Beitragssätze

Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2017 (Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2017)

Vom 28. November 2016 (BGBl 2016 I 2665)

§ 1 Durchschnittsentgelt in der Rentenversicherung

(1) Das Durchschnittsentgelt für das Jahr 2015 beträgt 35.363 Euro.

(2) Das vorläufige Durchschnittsentgelt für das Jahr 2017 beträgt 37.103 Euro.

(3) Die Anlage 1 zum Sechsten Buch Sozialgesetzbuch wird entsprechend ergänzt.

§ 2 Bezugsgröße in der Sozialversicherung

(1) Die Bezugsgröße im Sinne des § 18 Abs. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch beträgt im Jahr 2017 jährlich 35.700 Euro und monatlich 2.975 Euro.

(2) Die Bezugsgröße (Ost) im Sinne des § 18 Abs. 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch beträgt im Jahr 2017 jährlich 31.920 Euro und monatlich 2.660 Euro.

§ 3 Beitragsbemessungsgrenzen in der Rentenversicherung

(1) Die Beitragsbemessungsgrenzen betragen im Jahr 2017

1. in der allgemeinen Rentenversicherung jährlich 76.200 Euro und monatlich 6.350 Euro,

2. in der knappschaftlichen Rentenversicherung jährlich 94.200 Euro und monatlich 7.850 Euro.

Die Anlage 2 zum Sechsten Buch Sozialgesetzbuch wird für den Zeitraum „1.1.2017 – 31.12.2017“ um die Jahresbeträge ergänzt.

(2) Die Beitragsbemessungsgrenzen (Ost) betragen im Jahr 2017

1. in der allgemeinen Rentenversicherung jährlich 68.400 Euro und monatlich 5.700 Euro,
2. in der knappschaftlichen Rentenversicherung jährlich 84.000 Euro und monatlich 7.000 Euro.

Die Anlage 2a zum Sechsten Buch Sozialgesetzbuch wird für den Zeitraum „1.1.2017 – 31.12.2017“ um die Jahresbeträge ergänzt.

§ 4 Jahresarbeitsentgeltgrenze in der Krankenversicherung

(1) Die Jahresarbeitsentgeltgrenze nach § 6 Abs. 6 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch für das Jahr 2017 beträgt 57.600 Euro.

(2) Die Jahresarbeitsentgeltgrenze nach § 6 Abs. 7 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch für das Jahr 2017 beträgt 52.200 Euro.

§ 5 Werte zur Umrechnung der Beitragsbemessungsgrundlagen des Beitrittsgebiets

Die Anlage 10 zum Sechsten Buch Sozialgesetzbuch wird wie folgt ergänzt:

Jahr	Umrechnungswert	vorläufiger Umrechnungswert
2015	1,1502	
2017		1,1193

§ 6 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

Bekanntmachung der Beitragssätze in der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung für das Jahr 2017 (§ 158 IV SGBVI)

Vom 17. November 2016 (BGBl 2016 I 2639)

Der Beitragssatz für das Jahr 2017 beträgt weiterhin in der allgemeinen Rentenversicherung 18,7 Prozent und in der knappschaftlichen Rentenversicherung 24,8 Prozent.

Bekanntmachung der Umrechnungsfaktoren für den Versorgungsausgleich in der Rentenversicherung

Vom 28. November 2016 (BGBl 2016 I 2716)

Die aufgrund des vorläufigen Durchschnittsentgelts und des Beitragssatzes für das Jahr 2017 berechneten Faktoren betragen im Jahr 2017

- | | |
|--|-----------|
| 1. in der allgemeinen Rentenversicherung für die Umrechnung | |
| a) von Entgeltpunkten in Beiträge | 6938,2610 |
| von Entgeltpunkten (Ost) in Beiträge | 6198,7501 |
| b) von Beiträgen, Barwerten, Deckungskapitalien und vergleichbaren Deckungsrücklagen | |

- | | |
|---|--------------|
| in Entgeltpunkte | 0,0001441283 |
| von Beiträgen in Entgeltpunkte (Ost) | 0,0001613228 |
| 2. in der knappschaftlichen Rentenversicherung für die Umrechnung | |
| a) von Entgeltpunkten in Beiträge | 9201,5440 |
| von Entgeltpunkten (Ost) in Beiträge | 8220,8023 |
| b) von Beiträgen in Entgeltpunkte | 0,0001086774 |
| von Beiträgen in Entgeltpunkte (Ost) | 0,0001216426 |

Bekanntmachung der Beiträge und der Beitragszuschüsse in der Alterssicherung der Landwirte für das Jahr 2017

Vom 28. November 2016 (BGBl 2016 I 2717)

1. Der Beitrag in der Alterssicherung der Landwirte beträgt für das Kalenderjahr 2017 monatlich 241 Euro.
2. Der Beitrag in der Alterssicherung der Landwirte beträgt für das Beitrittsgebiet für das Kalenderjahr 2017 monatlich 216 Euro.
3. Der monatliche Zuschussbetrag für das Kalenderjahr 2017 wird wie folgt festgesetzt:

[Insoweit wird auf die gestaffelten Einzelbeträge nach Einkommensklassen in BGBl 2016 I 2717, verwiesen.]

4. Der monatliche Zuschussbetrag für das Beitrittsgebiet für das Kalenderjahr 2017 wird wie folgt festgesetzt:
[Insoweit wird auf die gestaffelten Einzelbeträge nach Einkommensklassen in BGBl 2016 I 2717, verwiesen.]

B. Rechengrößen zur Durchführung des Versorgungsausgleichs nach den Bestimmungen des VersAusglG ab 1.9.2009

I. Vorbemerkung

Die folgenden Rechengrößen beziehen sich auf Berechnungsvorgänge des ab 1.9.2009 anzuwendenden Rechts. Hierbei handelt es sich um folgende Sachlagen:

1. In den seit dem 1.9.2009 geltenden Bestimmungen des VersAusglG werden bei den folgend aufgeführten Sachlagen Tabellenwerte zur Vornahme von Berechnungen benötigt:
 - Ermittlung der Voraussetzungen der externen Teilung gemäß §§ 14 II Nr. 2, 17 VersAusglG, deren Grenzwerte nach den Bezugsgrößen des § 18 I SGBIV sowie der Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung nach §§ 159, 160 SGBVI zu bestimmen sind.
 - Ermittlung eines geringfügigen Ausgleichswerts nach § 18 I, II VersAusglG.

- Umrechnen des Ausgleichswerts bei externer Teilung eines Anrechts aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis nach § 16 I, II VersAusglG.
- Umrechnen des Ausgleichswerts in einen Kapitalbetrag (§ 14 IV VersAusglG) bei externer Teilung (eines Anrechts der betrieblichen Altersversorgung) im Fall der Begründung eines Anrechts in der gesetzlichen Rentenversicherung (§ 120g SGBVI).
- Prüfung der Unwirtschaftlichkeit des Versorgungsausgleichs nach § 19 II Nr. 3 VersAusglG.
- Prüfung der Billigkeitsvoraussetzungen nach § 19 II Nr. 4, III VersAusglG bei Zusammentreffen von inländischen und ausländischen sowie überstaatlichen bzw. zwischenstaatlichen

Versorgungen sowie in den Fällen der Härteklausele nach § 27 VersAusglG.

- Prüfung des Besserstellungsverbots nach § 31 II VersAusglG bei Tod eines Ehegatten.
- Prüfung des Grenzwerts nach §§ 33 II, 35 II VersAusglG in den Fällen der Anpassung des Versorgungsausgleichs wegen Unterhalts sowie wegen Invaldität.
- Prüfung von Vereinbarungen gemäß § 6 I Nr. 1, 2 VersAusglG im Rahmen der nach § 8 I VersAusglG vorzunehmenden Inhaltskontrolle (Umrechnen von Entgeltpunkten bzw. Rentenwerten in einen Kapitalbetrag gemäß § 47 VersAusglG).
- Berechnung der Beitragshöhe zur Begründung eines Anrechts in der gesetzlichen Rentenversicherung im Rahmen einer Vereinbarung nach §§ 6–8 VersAusglG (§ 187 I Nr. 2 lit. b SGBVI).

2. In den Verfahren zur Abänderung des nach § 1587b BGB a. E., §§ 1 II, III, 3b I VAHRG a. E. durchgeführten öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleichs gemäß § 51 I, III VersAusglG zur Bestimmung der in beiden Vorschriften geregelten Wesentlichkeitsgrenze, deren Bestimmung durch die Aktualisierung der dynamischen Werte mithilfe des aktuellen Rentenwerts sowie der monatlichen Bezugsgrößen nach § 18 I SGBIV erfolgt.¹

3. Zur Bestimmung der Wesentlichkeitsgrenze in den Abänderungsverfahren nach §§ 225, 226 FamFG gemäß § 225 III FamFG.

4. In den Verfahren zur Festsetzung der schuldrechtlichen Ausgleichsrente gemäß der Übergangsvorschrift des § 53 VersAusglG, soweit ein bereits erfolgter Teilausgleich nach § 3b I Nr. 1 VAHRG a. E. zu berücksichtigen ist; dessen Wert ist mithilfe der aktuellen Rentenwerte der gesetzlichen Rentenversicherung zu bestimmen.

5. Zur Bestimmung der Höhe einer Abfindungszahlung zur schuldrechtlichen Ausgleichsrente gemäß §§ 23, 24 VersAusglG i. V. mit § 15 V S. 1 VersAusglG.

II. Aktuelle Rentenwerte seit 1977 – Anwendungsbereich

1. Umrechnen einer Rentenanwartschaft in Entgeltpunkte

Eine Rentenanwartschaft (EUR/Monat) wird in Entgeltpunkte umgerechnet, indem sie durch den im Zeitpunkt des Ehezeitendes maßgebenden aktuellen Rentenwert geteilt wird (§§ 76 IV, 264a II S. 1 SGBVI).

In der KnRV ist der aktuelle Rentenwert zuvor noch mit 1,3333 zu vervielfältigen (§§ 86 I, 265a II SGBVI).

Die Endergebnisse aus den Berechnungen sind auf vier Dezimalstellen auszurechnen; die vierte Stelle ist dabei um 1 zu erhöhen, wenn in der fünften Stelle eine der Ziffern 5 bis 9 erscheinen würde (§ 121 I und II SGBVI).

Ehezeitende	Aktueller Rentenwert für allgem. RV (DM)	Aktueller Rentenwert (Ost) ² für allgem. RV (DM)
1977	25,20	
1. Halbjahr 1978	27,01	
2. Halbjahr 1978	26,34	
1979	26,34	
1980	27,39	
1981	28,48	
1982	30,12	

Ehezeitende	Aktueller Rentenwert für allgem. RV (DM)	Aktueller Rentenwert (Ost) ² für allgem. RV (DM)
1. Halbjahr 1983	30,12	
2. Halbjahr 1983	31,81	
1. Halbjahr 1984	31,81	
2. Halbjahr 1984	32,89	
1. Halbjahr 1985	32,89	
2. Halbjahr 1985	33,87	
1. Halbjahr 1986	33,87	
2. Halbjahr 1986	34,86	
1. Halbjahr 1987	34,86	
2. Halbjahr 1987	36,18	
1. Halbjahr 1988	36,18	
2. Halbjahr 1988	37,27	
1. Halbjahr 1989	37,27	
2. Halbjahr 1989	38,39	
1. Halbjahr 1990	38,39	
2. Halbjahr 1990	39,58	15,95
1. Halbjahr 1991	39,58	18,35
2. Halbjahr 1991	41,44	21,11
1. Halbjahr 1992	41,44	23,57
2. Halbjahr 1992	42,63	26,57
1. Halbjahr 1993	42,63	28,19
2. Halbjahr 1993	44,49	32,17
1. Halbjahr 1994	44,49	33,34
2. Halbjahr 1994	46,00	34,49
1. Halbjahr 1995	46,00	35,45
2. Halbjahr 1995	46,23	36,33
1. Halbjahr 1996	46,23	37,92
2. Halbjahr 1996	46,67	38,38
1. Halbjahr 1997	46,67	38,38
2. Halbjahr 1997	47,44	40,51
1. Halbjahr 1998	47,44	40,51
2. Halbjahr 1998	47,65	40,87
1. Halbjahr 1999	47,65	40,87
2. Halbjahr 1999	48,29	42,01
1. Halbjahr 2000	48,29	42,01
2. Halbjahr 2000	48,58	42,26
1. Halbjahr 2001	48,58	42,26
2. Halbjahr 2001	49,51	43,15
	(EUR)	(EUR)
1. Halbjahr 2002	25,31406	22,06224
2. Halbjahr 2002	25,86	22,70
1. Halbjahr 2003	25,86	22,70
2. Halbjahr 2003	26,13	22,97
1. Halbjahr 2004	26,13	22,97
2. Halbjahr 2004	26,13 ³	22,97
1. Halbjahr 2005	26,13	22,97
2. Halbjahr 2005	26,13	22,97
1. Halbjahr 2006	26,13	22,97
2. Halbjahr 2006	26,13 ⁴	22,97

1 Eingehend *Holzwarth*, FamRZ 2009, 1884, 1887 ff.

2 Dieser Wert ist zuvor mit einem Angleichungsfaktor zu vervielfältigen, wenn das FamG dies angeordnet hat (§§ 3 II Nr. 2 Buchst. b VAÜG, 264a II S. 2 SGBVI). Angleichungsfaktor ist der Faktor, den das FamG auf das auszugleichende Anrecht angewendet hat.

3 Gesetz über die Aussetzung der Anpassung der Renten zum 1.7.2004 v. 27.12.2003, BGBl I 3013, FamRZ 2004, 158.

4 Gesetz über die Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte v. 15.6.2006 ab 1.7.2006 (BGBl I 1304).

Ehezeitende	Aktueller Rentenwert für allgem. RV (EUR)	Aktueller Rentenwert (Ost) ² für allgem. RV (EUR)
1. Halbjahr 2007	26,13	22,97
2. Halbjahr 2007	26,27	23,09
1. Halbjahr 2008	26,27	23,09
2. Halbjahr 2008	26,56	23,34
1. Halbjahr 2009	26,56	23,34
2. Halbjahr 2009	27,20	24,13
1. Halbjahr 2010	27,20	24,13
2. Halbjahr 2010	27,20	24,13
1. Halbjahr 2011	27,20	24,13
2. Halbjahr 2011	27,47	24,37
1. Halbjahr 2012	27,47	24,37
2. Halbjahr 2012	28,07	24,92
1. Halbjahr 2013	28,07	24,92
2. Halbjahr 2013	28,14	25,74
1. Halbjahr 2014	28,14	25,74
2. Halbjahr 2014	28,61	26,39
1. Halbjahr 2015	28,61	26,39
2. Halbjahr 2015	29,21	27,05
1. Halbjahr 2016	29,21	27,05
2. Halbjahr 2016	30,45	28,66
1. Halbjahr 2017	30,45	28,66 ⁵

Anwendungsbereich der Tabelle 1:

a) Umrechnen des Ausgleichswerts (§ 1 II VersAusglG) eines Anrechts in Form eines Rentenbetrags als Bezugsgröße (z. B. Beamtenversorgung) in einen Kapitalbetrag zur Durchführung der Inhaltskontrolle bei einer Vereinbarung zum Versorgungsausgleich gemäß § 8 I VersAusglG. Der Ausgleichswert ist zunächst in Entgeltpunkte und danach gemäß der Tabelle 2 der Umrechnungsgrößen in einen Kapitalbetrag umzurechnen.

Beispiel: Ausgleichswert 100 € bei Ehezeitende 31.1.2017

$$100 \text{ €} : 30,45 \text{ €} = 3,2841 \times 6,938,2610 = 22.785,94 \text{ €}$$

b) Anpassung des Teilausgleichs gemäß § 3b I Nr. 1 VAHRG a. F. zur Anrechnung auf die schuldrechtliche Ausgleichsrente gemäß § 53 VersAusglG.

Beispiel: Nach § 20 I VersAusglG errechnete schuldrechtliche Ausgleichsrente = 250 €. Teilausgleich bei Ehezeitende 31.12.2002: 46,90 €. Dieser Wert ist mittels des Verhältnisses der aktuellen Rentenwerte zum Ehezeitende und zum Zeitpunkt der Entscheidung zur schuldrechtlichen Ausgleichsrente auf den Zeitpunkt der Festsetzung der Ausgleichsrente wie folgt anzuheben: $46,90 \text{ €} \times 30,45 \text{ €} : 25,86 \text{ €} = 55,22 \text{ €}$. Zahlbetrag im 1. Halbjahr 2017 damit: $250 \text{ €} - 55,22 \text{ €} = 194,78 \text{ €}$.⁶

c) Aktualisierung des dynamisierten Ehezeitanteils zur Bestimmung der Wesentlichkeitsgrenze im Abänderungsverfahren nach § 51 III VersAusglG auf der Grundlage der jeweils maßgeblichen aktuellen Rentenwerte. Zur Berechnungsmethode wird auf Ziffer C. VI. verwiesen.

d) Umrechnen von Entgeltpunkten in eine Rentenanwartschaft (Euro/Monat)

- Der Ausgleichswert (in Form von Entgeltpunkten) wird mit dem zum Zeitpunkt maßgebenden aktuellen Rentenwert gemäß vorstehender Tabelle vervielfältigt.
- Für die Errechnung einer Rentenanwartschaft der KnRV ist das Ergebnis zusätzlich mit 1,3333 zu vervielfältigen.
- Die Endergebnisse aus den Berechnungen sind auf zwei Dezimalstellen auszurechnen; die zweite Stelle ist dabei um 1 zu

erhöhen, wenn in der 3. Stelle eine der Ziffern 5 bis 9 erscheinen würde (§ 123 I i. V. mit § 121 II SGBVI).

Beispiel: Umrechnen des Ausgleichswerts eines Anrechts der gesetzlichen Rentenversicherung von Entgeltpunkten in ein Rentenrecht, um neben dem Ausgleichswert in Form der Entgeltpunkte für die Beteiligten auch den Rentenwert in der Beschlussformel darzustellen.

2. Umrechnen von Entgeltpunkten in Beiträge

Entgeltpunkte werden in Beiträge umgerechnet, indem sie mit dem im Zeitpunkt der Beitragszahlung maßgebenden Umrechnungsfaktor vervielfältigt werden. Bei fristgerechter Zahlung (§ 187 V SGBVI) gilt als Zeitpunkt der Beitragszahlung

- im Erstverfahren das Ende der Ehezeit;
- im Abänderungsverfahren der Eingang des Abänderungsantrages beim FamG;
- bei Aussetzung des Verfahrens der Tag der Wiederaufnahme des Verfahrens.

Das Endergebnis aus der Berechnung ist auf zwei Dezimalstellen auszurechnen; die zweite Stelle ist dabei um 1 zu erhöhen, wenn in der dritten Stelle eine der Ziffern 5 bis 9 erscheinen würde (§ 123 I i. V. mit § 121 II SGBVI).

Zeitpunkt der Beitragszahlung	Umrechnungsfaktor für	
	allgem. RV	KnRV
2007 ⁷	5868,1120	7784,8320
2008	5986,7160	7942,1760
2009	6144,9210	8152,0560
2010	6368,5970	8448,7920
2011	6023,3320	7990,7520
2012	6359,4160	8435,9600
2013	6439,4190	8551,8210
2014	6587,9730	8749,1070
2015	6544,8130	8679,7520
2016	6781,9290	8994,2160
2017	6938,2610 ⁸	9201,5440

2a. Umrechnen von Entgeltpunkten (Ost) in Beiträge

Entgeltpunkte (Ost) werden in Beiträge umgerechnet, indem sie mit dem im Zeitpunkt der Beitragszahlung maßgebenden Umrechnungsfaktor vervielfältigt werden. Bei fristgerechter Zahlung (§ 187 V SGBVI) gilt als Zeitpunkt der Beitragszahlung

- im Erstverfahren das Ende der Ehezeit;
- im Abänderungsverfahren der Eingang des Abänderungsantrages beim FamG;
- bei Aussetzung des Verfahrens der Tag der Wiederaufnahme des Verfahrens.

Das Endergebnis aus der Berechnung ist auf zwei Dezimalstellen auszurechnen; die zweite Stelle ist dabei um 1 zu erhöhen, wenn in der dritten Stelle eine der Ziffern 5 bis 9 erscheinen würde (§ 123 I i. V. mit § 121 II SGBVI).

5 Rentenwertbestimmungsverordnung 2016, BGBl I 1360, FamRZ 2016, 1234.

6 Alternativ: $46,90 \text{ €} : 25,86 \text{ €} = 1,8136 \text{ Entgeltpunkte} \times 30,45 \text{ €} = 55,22 \text{ €}$.

7 Hinsichtlich der Rechengrößen vor 2007 wird verwiesen auf FamRZ 2010, 89, 91.

8 Vgl. Bekanntmachung der Umrechnungsfaktoren für den Versorgungsausgleich in der Rentenversicherung v. 28.11.2016, BGBl I 2716, FamRZ 2017, 181 (in diesem Heft).

Zeitpunkt der Beitragszahlung	Umrechnungsfaktor für	
	allgem. RV	KnRV
2007	5049,1413	6698,3583
2008	5061,9058	6715,2921
2009	5177,7224	6868,9383
2010	5356,7138	7106,3941
2011	5270,2179	6991,6458
2012	5410,4271	7177,0972
2013	5472,4390	7267,6307
2014	5548,7013	7369,9101
2015	5585,7412	7407,8279
2016	5908,1183	7835,3654
2017	6198,7501	8220,8023

Anwendungsbereich der Tabellen zu 2 und 2a – Beispiele:

- Prüfung der Voraussetzungen der Geringfügigkeit des Ausgleichswerts anhand der Grenzwerte nach § 18 I, II VersAusglG bei einem Anrecht der gesetzlichen Rentenversicherung; diese ist wie folgt vorzunehmen: Ausgleichswert 0,4550 Entgeltpunkte; damit: $0,4550 \times 6.938,2610 = 3.156,91 \text{ €}$ – Kapitalwert von 3.570 € gemäß § 18 III VersAusglG nicht erreicht (s. Ziffer C. III.).
- Feststellung des korrespondierenden Kapitalwerts zur Prüfung der Vorschriften der Härtefallklausel nach § 27 VersAusglG (s. Berechnung Ziffer II. 1a).
- Bestimmung des korrespondierenden Kapitalwerts bei Ausgleich eines Anrechts der gesetzlichen Rentenversicherung durch Verrechnung mit einem Vermögenswert durch Vereinbarung nach § 6 I Nr. 1 VersAusglG (s. Berechnung Ziffer II. 1a).

3. Umrechnen von Beiträgen, Barwerten und Deckungskapitalien

Beiträge werden in Entgeltpunkte umgerechnet, indem sie mit dem im Zeitpunkt der Beitragszahlung maßgebenden Umrechnungsfaktor vervielfältigt werden. Die Umrechnung kann auch durch eine Division der Beiträge durch den Wert des Faktors erfolgen, der für die Umrechnung von Entgeltpunkten in Beiträge maßgebend wäre.

Das Endergebnis aus der Berechnung ist auf vier Dezimalstellen auszurechnen; die vierte Stelle ist dabei um 1 zu erhöhen, wenn in der fünften Stelle eine der Ziffern 5 bis 9 erscheinen würde (§ 121 I und II SGBVI).

Zeitpunkt der Beitragszahlung	Umrechnungsfaktor für	
	allgem. RV	KnRV
2007	0,0001704126	0,0001284549
2008	0,0001670365	0,0001259101
2009	0,0001627360	0,0001226684
2010	0,0001570205	0,0001183601
2011	0,0001660211	0,0001251447
2012	0,0001572471	0,0001185402
2013	0,0001552935	0,0001169342
2014	0,0001517918	0,0001142974
2015	0,0001527928	0,0001152107
2016	0,0001474507	0,0001111826
2017	0,0001441283	0,0001086774

3a. Umrechnen von Beiträgen, Barwerten und Deckungskapitalien (Ost)

Beiträge werden in Entgeltpunkte (Ost) umgerechnet, indem sie mit dem im Zeitpunkt der Beitragszahlung maßgebenden Umrechnungsfaktor vervielfältigt werden. Die Umrechnung kann auch durch eine Division der Beiträge durch den Wert des

Faktors erfolgen, der für die Umrechnung von Entgeltpunkten in Beiträge maßgebend wäre.

Das Endergebnis aus der Berechnung ist auf vier Dezimalstellen auszurechnen; die vierte Stelle ist dabei um 1 zu erhöhen, wenn in der fünften Stelle eine der Ziffern 5 bis 9 erscheinen würde (§ 121 I und II SGBVI).

Zeitpunkt der Beitragszahlung	Umrechnungsfaktor für	
	allgem. RV	KnRV
2007	0,0001980535	0,0001492903
2008	0,0001975541	0,0001489138
2009	0,0001931351	0,0001455829
2010	0,0001866816	0,0001407183
2011	0,0001897455	0,0001430278
2012	0,0001848283	0,0001393321
2013	0,0001827339	0,0001375964
2014	0,0001802224	0,0001357053
2015	0,0001790273	0,0001349923
2016	0,0001692586	0,0001276265
2017	0,0001613228	0,0001216426

Anwendungsbereich der Tabellen 3 und 3a:

Beispiel: Umrechnen des Ausgleichswerts im Falle der externen Teilung nach § 14 IV VersAusglG, soweit das Anrecht nach § 15 V S. 1 VersAusglG in der gesetzlichen Rentenversicherung zu begründen ist.

Bei Ehezeitende 31.1.2017 ist ein Anrecht mit einem Ausgleichswert in Form eines Kapitalbetrags von 40.000 € in der gesetzlichen Rentenversicherung zu begründen: $40.000 \text{ €} \times 0,0001441283 = 5,7651 \text{ Entgeltpunkte}$ ($5,7651 \times 30,45 \text{ €} = 175,55 \text{ € Rente}$).

C. Grenzwerte im Versorgungsausgleich*

I. Monatliche Bezugsgrößen (§ 18 SGBIV) und Grenzwerte im Versorgungsausgleich nach dem bis zum 31.8.2009 geltenden Recht

Soweit die Bezugsgrößen im Verfahren (Beschwerde- und Rechtsbeschwerde; s. § 48 III VersAusglG, Art. 111 V FGG-RG) noch benötigt werden, wird auf FamRZ 2010, 89, 95 f., verwiesen.

II. Grenzwerte zur externen Teilung gemäß §§ 14 II Nr. 2, 17 VersAusglG sowie bei Aussetzung der Kürzung gemäß § 33 VersAusglG sowie Anpassung wegen Invalidität gemäß § 35 VersAusglG (in Euro)

Ende der Ehezeit	Monatl. Bezugsgröße gemäß § 18 I SGBIV	Rentenbetrag nach §§ 14 II Nr. 2, 33 II, 35 II VersAusglG 2 %	Kapitalwert nach §§ 14 II Nr. 2, 33 II, 35 II VersAusglG 240 %	Kapitalwert zu § 17 VersAusglG (§§ 159, 160 SGBVI)
2009	2.520	50,40	6.048	64.800
2010	2.555	51,10	6.132	66.000
2011	2.555	51,10	6.132	66.000
2012	2.625	52,50	6.300	67.200
2013	2.695	53,90	6.468	69.600
2014	2.765	55,30	6.636	71.400
2015	2.835	56,70	6.804	72.600
2016	2.905	58,10	6.972	74.400
2017	2.975	59,50	7.140	76.200

III. Grenzwerte zur Bestimmung geringer Ausgleichswerte gemäß § 18 VersAusglG (in Euro)

Ende der Ehezeit	Monatl. Bezugsgröße gemäß § 18 I SGBIV	Rentenbetrag nach § 18 III VersAusglG 1 %	Kapitalwert nach § 18 III VersAusglG 120 %
2009	2.520	25,20	3.024
2010	2.555	25,55	3.066
2011	2.555	25,55	3.066
2012	2.625	26,25	3.150
2013	2.695	26,95	3.234
2014	2.765	27,65	3.318
2015	2.835	28,35	3.402
2016	2.905	29,05	3.486
2017	2.975	29,75	3.570

IV. Grenzwerte zur Bestimmung der Wesentlichkeitsgrenze in Abänderungsverfahren (in Euro)

Ende der Ehezeit	Monatl. Bezugsgröße gemäß § 18 I SGBIV	Rentenbetrag nach § 225 III FamFG 1 %	Kapitalwert nach § 225 III FamFG 120 %
2009	2.520	25,20	3.024
2010	2.555	25,55	3.066
2011	2.555	25,55	3.066
2012	2.625	26,25	3.150
2013	2.695	26,95	3.234
2014	2.765	27,65	3.318
2015	2.835	28,35	3.402
2016	2.905	29,05	3.486
2017	2.975	29,75	3.570

Diese Tabelle betrifft ausschließlich Abänderungsverfahren, die sich auf eine nach dem 31.8.2009 erlassene Endentscheidung zum Versorgungsausgleich beziehen.

V. Grenzwerte zur Bestimmung der Wesentlichkeitsgrenze in Abänderungsverfahren nach § 51 I, II VersAusglG i. V. mit § 225 III FamFG

Ende der Ehezeit	Monatl. Bezugsgröße gemäß § 18 I SGBIV (DM)	Rentenbetrag nach § 225 III FamFG (DM)
bis 1977	1.850	18,50
1978	1.950	19,50
1979	2.100	21,00
1980	2.200	22,00
1981	2.340	23,40
1982	2.460	24,60
1983	2.580	25,80
1984	2.730	27,30
1985	2.800	28,00
1986	2.870	28,70
1987	3.010	30,10
1988	3.080	30,80
1989	3.150	31,50
1990	3.290	32,90
1991	3.360	33,60
1992	3.500	35,00
1993	3.710	37,10
1994	3.920	39,20
1995	4.060	40,60
1996	4.130	41,30
1997	4.270	42,70
1998	4.340	43,40
1999	4.410	44,10
2000	4.480	44,80
2001	4.480	44,80
	(EUR)	(EUR)
2002	2.345	23,45
2003	2.380	23,80

* Die Grenzwerte der Tabellen II, III, IV und V bestimmen sich für den gesamten Bereich der Bundesrepublik Deutschland nach § 18 I SGBIV; die Bezugsgröße nach § 18 II SGBIV (Ost) ist deshalb im Bereich der neuen Bundesländer nicht anzuwenden.

Ende der Ehezeit	Monatl. Bezugsgröße gemäß § 18 I SGBIV (EUR)	Rentenbetrag nach § 225 III FamFG (EUR)
2004	2.415	24,15
2005	2.415	24,15
2006	2.450	24,50
2007	2.450	24,50
2008	2.485	24,85
2009	2.520	25,20
2010	2.555	25,55
2011	2.555	25,55
2012	2.625	26,25
2013	2.695	26,95
2014	2.765	27,65
2015	2.835	28,35
2016	2.905	29,05
2017	2.975	29,75

Diese Tabelle bezieht sich auf die Bestimmung der Wesentlichkeitsgrenze im Fall der Abänderung von Endentscheidungen zum Versorgungsausgleich nach dem bis zum 31.8.2009 geltenden Rechtszustand. Die Wesentlichkeitsgrenze kann nur auf der Grundlage von Rentenbeträgen ermittelt werden, weil der Versorgungsausgleich vor dem 1.9.2009 den Wertausgleich eines Kapitalbetrags nicht vorsah, sodass auch die Bestimmung der Wesentlichkeitsgrenze nur aufgrund des Vergleichs von Rentenbeträgen erfolgen kann (s. a. § 52 II VersAusglG).

VI. Grenzwerte zur Bestimmung der Wesentlichkeitsgrenze in Abänderungsverfahren nach § 51 III VersAusglG (in Euro)

In den Fällen der Abänderung einer Endentscheidung zum öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleich nach dem bis zum 31.8.2009 geltenden Recht gemäß § 51 III S. 1, 2 VersAusglG wird die Wesentlichkeitsgrenze überschritten, wenn der Ehezeitanteil (nicht der Ausgleichswert i. S. des § 1 II VersAusglG) 2 % der Bezugsgröße des § 18 I SGBIV übersteigt. Hierzu ist der in der Erstentscheidung festgestellte Ehezeitanteil mittels des Verhältnisses der aktuellen Rentenwerte zum Ehezeitende und zum maßgebenden Zeitpunkt der Abänderung zu aktualisieren. Die Wesentlichkeitsgrenze ist überschritten, wenn der so ermittelte (aktualisierte) Wert im Verhältnis zu dem vor der Umrechnung nach § 1587a III, IV BGB a. F. ermittelten Ehezeitanteil geringer ist als 2 % der zum Zeitpunkt der Antragstellung maßgeblichen monatlichen Bezugsgröße nach § 18 I SGBIV. Die jeweils zum Zeitpunkt der Antragstellung maßgebliche Bezugsgröße kann aus der Tabelle zu Ziffer C. II. entnommen werden.

Beispiel:

- Ehezeitanteil des Anrechts vor Umrechnung bei Ehezeitende 31.12.1995: 600 DM/306,78 €
- dynamisierter Ehezeitanteil: 360 DM/184,07 €
- Aktualisierung zum Zeitpunkt der Antragstellung 31.1.2017: 59,56 DM (30,45 €) : 46,23 DM (23,64 €) × 360 DM (184,07 €) = 463,80 DM (237,14 €)
- Differenz: 600 DM – 463,80 DM = 136,20 DM = 69,64 €

Der Grenzwert beträgt 59,50 €; die Wesentlichkeitsgrenze ist überschritten.

D. Allgemeiner Rentenwert und allgemeiner Rentenwert (Ost) in der Alterssicherung der Landwirte¹

	Allgemeiner Rentenwert (DM)	Allgemeiner Rentenwert (Ost) (DM)
1. Halbjahr 1995	21,24	16,37
2. Halbjahr 1995	21,35	16,78
1. Halbjahr 1996	21,35	17,51
2. Halbjahr 1996	21,55	17,72
1. Halbjahr 1997	21,55	17,72
2. Halbjahr 1997	21,91	18,70
1. Halbjahr 1998	21,91	18,70
2. Halbjahr 1998	22,01	18,87
1. Halbjahr 1999	22,01	18,87
2. Halbjahr 1999	22,30	19,40
1. Halbjahr 2000	22,30	19,40
2. Halbjahr 2000	22,43	19,52
1. Halbjahr 2001	22,43	19,52
2. Halbjahr 2001	22,86	19,93
	(EUR)	(EUR)
1. Halbjahr 2002	11,68813	10,19005
2. Halbjahr 2002	11,94 ²	10,48
1. Halbjahr 2003	11,94	10,48
2. Halbjahr 2003	12,06 ³	10,60
1. Halbjahr 2004	12,06	10,60
2. Halbjahr 2004	12,06 ⁴	10,60
1. Halbjahr 2005	12,06	10,60

	Allgemeiner Rentenwert (EUR)	Allgemeiner Rentenwert (Ost) (EUR)
2. Halbjahr 2005	12,06 ⁵	10,60
1. Halbjahr 2006	12,06	10,60
2. Halbjahr 2006	12,06	10,60
1. Halbjahr 2007	12,06	10,60
2. Halbjahr 2007	12,13	10,66

1 Vgl. §§ 23 I, IV, 25, 26 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte – ALG –, Art. 1 des Gesetzes zur Reform der agrarsozialen Sicherung – Agrarsozialreformgesetz 1995 – v. 29.7.1994, BGBl I 1890. Vgl. dazu *Greßmann/Klattenhoff*, FamRZ 1995, 577.

2 Vgl. § 4 der Rentenanpassungsverordnung 2002 – RAV 2002 – v. 7.6.2002, BGBl I 1799, FamRZ 2002, 1012.

3 Vgl. § 4 der Rentenanpassungsverordnung 2003 – RAV 2003 – v. 4.6.2003, BGBl I 784, FamRZ 2003, 1066.

4 Der allgemeine Rentenwert und der allgemeine Rentenwert (Ost) sind ab 1.7.2004 unverändert geblieben, weil die aktuellen Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht verändert wurden. Vgl. § 23 IV S. 2 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte [ALG].

5 Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2005 (Rentenwertbestimmungsverordnung 2005 – RWBestV 2005) v. 6.6.2005, BGBl I 1578, FamRZ 2005, 1222.

	Allgemeiner Rentenwert (EUR)	Allgemeiner Rentenwert (Ost) (EUR)
1. Halbjahr 2008	12,13	10,66
2. Halbjahr 2008	12,26	10,78
1. Halbjahr 2009	12,26	10,78
2. Halbjahr 2009	12,56	11,14
1. Halbjahr 2010	12,56	11,14
2. Halbjahr 2010	12,56	11,14
1. Halbjahr 2011	12,56	11,14
2. Halbjahr 2011	12,68	11,25
1. Halbjahr 2012	12,68	11,25
2. Halbjahr 2012	12,96	11,50
1. Halbjahr 2013	12,96	11,50
2. Halbjahr 2013	12,99	11,86

	Allgemeiner Rentenwert (EUR)	Allgemeiner Rentenwert (Ost) (EUR)
1. Halbjahr 2014	12,99	11,86
2. Halbjahr 2014	13,21	12,18
1. Halbjahr 2015	13,21	12,18
2. Halbjahr 2015	13,49	12,48
1. Halbjahr 2016	13,49	12,48
2. Halbjahr 2016	14,06	13,22
1. Halbjahr 2017	14,06	13,22 ⁶

⁶ Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte ab 1.7.2016 (Rentenwertbestimmungsverordnung 2016 – RWBestV 2016), BGBl I 1360, FamRZ 2016, 1234.

E. Angleichungsfaktoren für den Versorgungsausgleich in der Rentenversicherung (§ 3 II Nr. 1 Buchst. a VAÜG)

Insoweit wird auf die Dokumentation in FamRZ 2009, 1287, und FamRZ 2010, 95, sowie auf die Anmerkung in FamRZ 2010, 1223, verwiesen.

F. Bestimmung der Unwirtschaftlichkeit des Ausgleichs nach § 19 II Nr. 3 VersAusglG

Wird durch Übertragung oder Begründung eines Anrechts gemäß §§ 10, 14 VersAusglG in der gesetzlichen Rentenversicherung die **Wartezeit gemäß § 50 SGBVI von fünf Jahren** nicht erreicht, kann der Versorgungsausgleich unwirtschaftlich sein, wenn der Berechtigte in der gesetzlichen Rentenversicherung nie Beiträge abgeführt hat und auch künftig nicht abführt (Beamter, Versicherter einer berufsständischen Versorgung, Selbstständiger). Die durch den Versorgungsausgleich erreichten Kalendermonate berechnen sich nach § 52 SGBVI. Danach gilt:

- Ausgleichswert zugunsten des Ausgleichsberechtigten: 50 €, bezogen auf das 2. Halbjahr 2016
- Ermittlung der Entgeltpunkte: $50 : 30,45 \text{ € (aktueller Rentenwert)} = 1,6420$ Entgeltpunkte

– Teilung der Entgeltpunkte durch den Faktor 0,0313: $1,6420 : 0,0313 = 52,46$ Monate

Damit wird die Wartezeit von 60 Monaten nicht erreicht. Der Grenzwert für 60 Monate beträgt 57,19 € ($60 \times 0,0313 = 1,878$ Entgeltpunkte $\times 30,45 \text{ €}$).

Wichtige Gesetzesänderung ab 11.8.2010: Nach der Neufassung des § 7 SGBVI (v. 5.8.2010, BGBl I 1127) kann die nicht erfüllte Wartezeit von 60 Monaten durch die Leistung freiwilliger Beiträge bis zum Zeitpunkt des Bezugs der Altersrente erreicht werden. § 7 II SGBVI a. F., der die Leistung freiwilliger Beiträge nur zuließ, wenn die allgemeine Wartezeit von 60 Monaten erreicht war, wurde ersatzlos aufgehoben.

G. Maßgebliche Abzinsungssätze bei Durchführung der externen Teilung jeweils zum 31.12. sowie Höchstrechnungszinssätze nach § 2 DeckungsrückstellungsVO seit 2009

I. Vorbemerkung

1. Nach den seit 1.9.2009 geltenden Vorschriften des VersAusglG kann ein Anrecht im Rahmen einer externen Teilung nach § 14 I, II Nr. 1, 2 VersAusglG aufgrund einer Vereinbarung zwischen der ausgleichsberechtigten Person und dem Versorgungsträger des auszugleichenden Anrechts oder auf Antrag eines Versorgungsträgers bis zu dem in § 14 II Nr. 2 VersAusglG

bestimmten Ausgleichswert ausgeglichen werden, indem durch die Zahlung eines Kapitalbetrags durch den Versorgungsträger des auszugleichenden Anrechts an einen Zielversorgungsträger zugunsten der ausgleichsberechtigten Person ein eigenständiges Anrecht begründet wird. Ferner ist die externe Teilung nach § 17 VersAusglG auf Antrag des Versorgungsträgers des auszugleichenden Anrechts zulässig, wenn ein Anrecht des Beitrags aus einer Direktzusage oder einer Unterstützungskasse

vorliegt, dessen Ausgleichswert (als Kapitalwert) die bei Ehezeitende geltende Beitragsbemessungsgrenze nach §§ 159, 160 VersAusglG nicht übersteigt (s. Ziffer C. II.).

Der *BGH* hat in dem Beschluss v. 9.3.2016 (FamRZ 2016, 781) die in Literatur und Rechtsprechung umstrittene Frage, ob der nach § 253 II S. 2 HGB zu bestimmende Abzinsungssatz, der aufgrund des Transfers in eine Zielversorgung zulasten der ausgleichsberechtigten Person zu einem gleichheitswidrigen Wertverlust führen kann, entschieden und den in § 253 II S. 2 HGB definierten Abzinsungssatz weiterhin für anwendbar erklärt, zugleich aber bestimmt, dass der in einer Steuerbilanz nach § 6a III S. 3 EStG anzuwendende Zinssatz von 6 % nicht heranzuziehen ist (FamRZ 2016, 1247).

In der folgenden Tabelle werden die seit 2009 maßgeblichen Abzinsungssätze nach § 253 II S. 2 HGB (eingeführt durch das Bilanzmodernisierungsgesetz v. 25.5.2009, BGBl I 1102) wiedergegeben, die nach *BGH* für die Bestimmung des Ausgleichswerts vor allem im Fall der externen Teilung nach § 17 VersAusglG maßgeblich sind.

Die durch Art. 7–9 des Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditverordnung und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften (Gesetz v. 11.3.2016, BGBl I 396; siehe hierzu *Kirchmeier*, FamRZ 2016, 956) vorgenommene Änderung der Bestimmung des Durchschnittszinssatzes (Verlängerung des Betrachtungszeitraumes von sieben auf zehn Jahre) ist nach dem Beschluss des *BGH* v. 24.8.2016 (FamRZ 2016, 2000) im Versorgungsausgleich außer Betracht zu lassen.

Da für die Zeit vor Inkrafttreten des Bilanzmodernisierungsgesetzes entsprechende Festsetzungen nicht bestehen, liegen in Bezug auf die Abänderungsverfahren gemäß § 51 I, III VersAusglG keine entsprechend definierte Zinssätze vor. In diesen

Fällen ist zu erwägen, entsprechend den Grundsätzen des § 253 II S. 2 HGB im Einzelfall einen Abzinsungsfaktor durch ein Sachverständigen Gutachten festzulegen.¹

2. Ferner abgedruckt werden die Höchstrechnungszinssätze nach § 2 Deckungsrückstellungsverordnung, die Grundlage der Verzinsung des Kapitalbetrags bei dessen Einzahlung in die Versorgungsausgleichskasse (s. § 15 I S. 2 VersAusglG) sind.

II. Entwicklung der Zinssätze

	Abzinsungssatz gemäß § 253 II S. 2 HGB	Gesetzlicher Höchstzinssatz gemäß § 2 Deckungsrück- stellungsverordnung
2009	5,25 %	2,25 %
2010	5,15 %	2,25 %
2011	5,14 %	1,75 %
2012	5,04 %	1,75 %
2013	4,88 %	1,75 %
2014	4,53 %	1,75 %
2015	3,89 %	1,25 %
2016	3,24 % ²	1,25 %
2017		0,9 % ³

1 Eine höchstrichterliche Rechtsprechung liegt hierzu nicht vor.

2 Monatsgenauer Zinssatz zum 31.12.2016; siehe hierzu *BGH*, FamRZ 2016, 781 Tz. 60. Die Zinssätze sind abrufbar unter www.bundesbank.de, dort unter Statistiken → Geld- und Kapitalmärkte → Zinssätze und Renditen → Abzinsungssätze.

3 Geändert durch Art. 1 der 1. Verordnung zur Änderung von Verordnungen nach dem VAG v. 18.5.2016, BGBl I 1231.